



Arbeiten mit Maske: In dieser Schuhfabrik in Wenzhou wird produziert.

Foto AFP

## Chinesischer Corona-Kaltstart

Nach offizieller Lesart arbeiten viele Menschen trotz der Epidemie wieder. Wie verlässlich sind die Zahlen?

Von Hendrik Ankenbrand, Hongkong

Als in China Kunden des Autoherstellers Tesla in der vergangenen Woche trotz der Corona-Krise ihre neuen Model-3-Fahrzeuge geliefert bekamen, waren sie voller Dankbarkeit. Schließlich hat die vom Staat breitflächig verordnete Quarantäne die gigantische Wirtschaft des Landes wochenlang lahmgelegt. Während in den meisten chinesischen Werken des deutschen Autoherstellers Volkswagen die Bänder weiter stillstanden, hatte die Shanghaier Fabrik des amerikanischen Herstellers Tesla als einer der ganz wenigen Industriebetriebe die Produktion frühzeitig wiederaufgenommen. Was dabei nicht passte, so zeigte sich hinterher, wurde offensichtlich passend gemacht.

In ihren brandneuen Elektrofahrzeugen zum Listenpreis von rund 300 000 Yuan (39 000 Euro), stellte ein Kunde nach dem anderen fest, war nicht Tesla viel beworbener Autopilot HW3.0 eingebaut, der auch Straßenschilder und Ampeln erkennt. Die ausgelieferten Fahrzeuge enthielten den alten Fahrsistenzustandcomputer HW2.5, der eben vieles von seinem Nachfolger nicht kann. Weil Chinas Wirtschaft in weiten Teilen stillgestanden habe, hätten „Probleme in der Lieferkette“ zum Einbau der veralteten Technik geführt, die natürlich kostenlos ausgetauscht werde, musste sich Tesla öffentlich entschuldigen – und machte auf unfreiwillige Art überdeutlich, wie schwer in China die Rückkehr zum Normalzustand ist.

Folgt man den offiziellen Zahlen, kommt der Wirtschaftstanker China nach seiner Vollbremsung im Februar wieder ordentlich in Gang. In der Provinz Guangdong, dem Zentrum der chinesischen Exportindustrie und einem wichtigen Standort für Internetunternehmen, wurden Stand Montag über 91 Prozent aller Unternehmen wieder normal arbeiten, teilte die Lokalregierung mit. Mitte Februar habe diese Zahl bei weniger als der Hälfte dessen gelegen. Das Industrieministerium in Peking teilte am Dienstag mit, von den 16 größten Autoherstellern im Land hätten 84 Prozent ihre Produktion wieder gestar-

tet. Die Belegschaften in den Werken sei wieder zu zwei Dritteln bei der Arbeit. Über alle Industriebereiche hinweg hätten 70 Prozent der chinesischen Unternehmen den Betrieb wiederaufgenommen.

Die Frage, ob und wie schnell Chinas Wirtschaft wieder in Fahrt kommt, ist entscheidend für die ganze Welt. Sollten die Unternehmen in China im ersten Quartal nicht mehr Waren und Dienstleistungen als im Vorjahreszeitraum hergestellt haben, könnte die Weltwirtschaft im Laufe des Jahres einen Schock erleiden, sollte Chinas Wirtschaft den Einbruch nicht wettmachen können, fürchten Ökonomen. In China selbst geht es für die Staatsführung um nicht weniger als ihren Machtverlust. Die Wirtschaft dürfe „nicht lange“ stillstehen, befahl Präsident Xi Jinping vergangene Woche. Man müsse das Virus zwar bekämpfen. Dennoch müssten in weiten Teilen des Landes wieder alle zur Arbeit.

Dieser Widerspruch hat manche Regierungskader offenbar zum Fälschen der Statistik verleitet. Weil der Status der lokalen Wirtschaft vielerorts am Stromverbrauch gemessen wird, werden immer mehr Fälle von Unternehmen bekannt, in denen zwar keine Arbeiter sind und keine Waren produziert werden, die Maschinen aber trotzdem laufen – um Aktivität vorzutäuschen. Daten der singapurischen Bank DBS zeichnen ein anderes Bild: Die Produktion von

Kokereien im ganzen Land liegt immer noch weit unter dem Niveau vor der Krise. Besonders im Osten und Südwesten des Landes hat die Auslastung noch nicht mal zwei Drittel des vorherigen Ausmaßes wieder erreicht. Der Kohleverbrauch der sechs größten Kraftwerke im Land liegt ebenfalls weit unter dem Wert vor einem Jahr. In wichtige Wirtschaftsstandorte wie die Provinzen Jiangsu, Zhejiang und Shandong sind immer noch nur ein Drittel der früher dort beschäftigten Wanderarbeiter zurückgekehrt, während es in der exportorientierten Provinz Guangdong auch nur 45 Prozent des früheren Ausmaßes sind.

Der Pekinger Flughafen: verwaist. In Shanghai sind die Straßen etwas voller als zu den Hochzeiten der Quarantäne. Doch dass der Einkaufsmanagerindex im Dienstleistungsgewerbe, den das Magazin „Caixin“ erhebt, im Februar mit einem Wert von 26,5 (Januar: 51,8) katastrophal ausgefallen ist, vermag niemanden zu überraschen – die Restaurants sind weiterhin leer. Wer nicht von der heimischen Wohnung aus arbeitet, kehrt in diese nach Feierabend meist schnurstracks zurück. Ein Gutes allerdings hat die Krise: Die Luftverschmutzung, zeigten Fotos der amerikanischen Weltraumagentur Nasa, ist in China während der Massenquarantäne dramatisch zurückgegangen – was zumindest „zum Teil“ dem Coronavirus gutgeschrieben werden müsse.

## Das Ende der Globalisierung – oder doch noch nicht?

Welche Lehren die Unternehmen aus Corona ziehen

loe. BERLIN. Sie hat schon seit längerem ein Imageproblem: die Globalisierung. Zwar profitieren Verbraucher und Unternehmen erheblich von Produkten und Dienstleistungen aus dem Ausland. Andererseits führt die Globalisierung auch dazu, dass im Krisenfall nicht nur eine Region Probleme hat, sondern schnell die ganze Welt. Die Finanzkrise hat das vor gut zehn Jahren zum ersten Mal eindrücklich gezeigt. Jetzt ist es das Coronavirus.

In chinesischen Häfen stecken Container fest, Mitarbeiter fehlen rund um den Globus an ihren Arbeitsplätzen, Flugzeuge bleiben am Boden – die Wirtschaft gerät aus ihrem gewohnten Takt. Doch anders als manche Ökonomen und Politiker erwarten die führenden Wirtschaftsverbände nicht, dass es jetzt deshalb einen Trend zur Deglobalisierung geben wird. Die Vorteile einer vernetzten Weltwirtschaft seien weit aus größer als ihre Nachteile, heißt es in Berlin.

„Volkswirtschaftlich ist Deutschland nicht von einem einzelnen Land abhängig“, betont Ilja Nothnagel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Zwar seien in jedem Euro, der aus Deutschland exportiert werde, rein rechnerisch 40 Cent Zulieferungen aus dem Ausland enthalten. Doch nach Einschätzung des Verbands ist es keineswegs so, dass etwa ohne die Lieferungen aus China nichts mehr ginge in der deutschen Wirtschaft. „Kein Handelspartner hat einen Anteil, der größer als 10 Prozent bei den Ex- und Importen ist.“

Noch sind die Sorgen vor einer Corona-Rezession weitaus größer als die tatsächlichen Einbußen. Das Bundeswirtschaftsministerium orientiert sich an einem Modell mit drei Stufen. Noch sei Deutschland auf der ersten Stufe: einzelne betroffene Unternehmen, aber noch kein Konjunkturbruch. Hierfür seien die gewöhnlichen Fördertöpfe wie KfW-Kredite und das Kurzarbeitergeld ausreichend. Notfalls könnten diese aufgestockt oder durch ein klassisches Konjunkturprogramm ergänzt werden. An Geld dafür mangelt es nicht, auf bis zu 50 Milliarden Euro beziffern manche

Fachleute den finanziellen Puffer. Am Sonntag wird der Koalitionsausschuss aber wahrscheinlich erst mal nur entscheiden, schon beschlossene Steuererleichterungen zeitlich vorzuziehen.

Die Frage, wie Lieferketten organisiert werden, wie viel Just-in-time-Fertigung mit keinen oder nur geringen Lagerbeständen ratsam ist, müssen dagegen die Unternehmen beantworten. Ralph Wiechers, Chefvorsitz des Maschinenbauverbands VDMA, erwartet in den kommenden Wochen verstärkt Gespräche zwischen Produktionsleitern und Controllern. „Man wird sicherlich genau überlegen, ob ein paar tausend Euro für die Lagerhaltung wirklich zu viel sind, wenn sonst die Produktion stillsteht.“ Vor allem die großen Konzerne sind dafür bekannt, dass sie ihre Kosten möglichst gering halten. Dieses Credo könnte durch Corona zumindest etwas ins Wanken kommen, bei Schlüsselkomponenten auch wieder ein größerer Lagerbestand vorgehalten werden.

Die Frage ist: Reicht das? Sowohl Altmaier als auch sein französischer Amtskollege Bruno Le Maire arbeiten seit Monaten daran, in Schlüsselbereichen der Wirtschaft mehr Produktionskapazitäten in Europa zu schaffen. In den Bereichen Mikroelektronik, Batteriezellen und der Datencloud gibt es schon entsprechende Projekte und milliardenschwere Fördertöpfe. Eine europäische Medikamentenproduktion könnte als Nächstes folgen.

Die Minister dürften sich durch Corona in ihrem industriepolitischen Kurs bestätigt fühlen. Der Verband der Familienunternehmen hält das für eine bedenkliche Entwicklung. „Die Ausbreitung eines Virus darf jetzt nicht für einen absolut schädlichen Protektionismus ins Feld geführt werden“, sagt Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen. „Ein Zurück zu einer umfassenden nationalen Produktion würde die Menschheit ins 19. Jahrhundert zurückwerfen und riesige Wohlstandsverluste mit sich bringen.“ Er ist überzeugt: Die Vorteile der Globalisierung seien für alle Beteiligten so immens, dass eine Epidemie wie Corona sie nur für kurze Zeit unterbrechen werde.

## NRW torpediert Kohleausstieg

„Entschädigung zu gering“ / Betreiber wollen klagen

bü./itz. BONN/BERLIN. Nordrhein-Westfalen als größtes „Kohleland“ stellt sich gegen das geplante Gesetz für den Ausstieg aus der Steinkohleerzeugung. Vor der ersten Bundestagslesung am Freitag forderte die Landesregierung weitgehende Nachbesserungen. In der vorliegenden Form „lehnt Nordrhein-Westfalen die Entschädigungsregelungen für die Stilllegung von Steinkohlekraftwerken ab“, sagte Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) im Wirtschaftsausschuss des Landtages. Anpassungen am Gesetzesentwurf seien „zwingend notwendig“. Der Entwurf braucht die Zustimmung des Bundesrats. Dort drohen auch Baden-Württemberg, Niedersachsen und Saarland mit einem Nein. „Das beabsichtigte Vorgehen zur Stilllegung von Steinkohlekraftwerken kann nicht akzeptiert werden“, heißt es in einem Schreiben der vier Landesregierungen an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU).

Während die Bundesregierung mit den Braunkohlekonzernen milliardenschwere Entschädigungen ausgehandelt hat, ist für die Abschaltung der Steinkohleleimer ein Auktionsverfahren vorgesehen. Spätestens von 2027 an soll es möglich sein, auch eine entschädigungslose Stilllegung anzuordnen. Je nach Verlauf der Ausschreibungen könnte die Zwangsabschaltung sogar schon 2024 beginnen. Pinkwart sieht darin eine nicht hinnehmbare „deutliche Ungleichbehandlung“. Investition in Kohlekraftwerke würden entwertet, das Vertrauen in den Investitions- und Energiestandort Deutschland stark geschädigt. Die Wettbewerbsfähigkeit und die Versorgungssicherheit stünden auf dem Spiel.

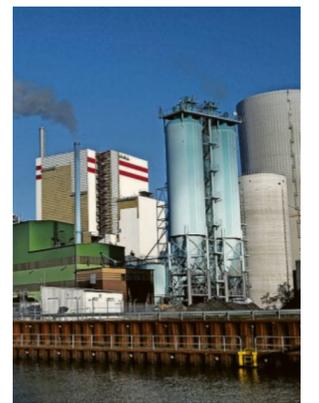
Heftiger Widerstand formiert sich auch unter den Betreibern der Kraftwerke. Sie fühlen sich deutlich schlechter gestellt als die Braunkohlewirtschaft. Letztere werde je Kilowatt stillgelegter Leistung mit 521 Euro im Westen und mit 627 Euro im Osten entschädigt, rechnet Sven Becker vor, der Sprecher der Geschäftsführung des Aachener Energieversorgers Trianel, eines Stadtwerk-Zusammenschlusses. In der Steinkohle indes betrügen die höchstmöglichen Entschädigungen je nach Abschaltzeitpunkt nur 165 oder 49 Euro, selbst wenn die Kraftwerke erst wenige Jahre am Netz seien. Auch werde die Braunkohle bis 2038 entschädigt, die Steinkohle aber nur bis 2026.

Für die acht jüngsten Meiler in Westdeutschland erwartet die Branche finanzielle Schäden von bis zu 10 Milliarden Euro. Allein bei der Trianel-Anlage in Lünen-Stummhafen, in die 1,4 Milliarden Euro investiert wurden, betrage der Verlust 800 Millionen Euro, da sie 2030 ohne finanzielle Kompensation vom Netz gehen müsse. „Wenn Lünen abgeschaltet wird, ist es noch nicht einmal bezahlt, geschweige denn abgeschlossen“, sagte Becker der F.A.Z.

Man habe bei der Investitionsentscheidung auf berechenbare Rahmenbedingungen über Jahrzehnte vertraut: „Falls Lünen so abgeschaltet wird, wie es das Ausstiegsgesetz vorsieht, kommt das einer kalten Enteignung gleich.“ Dietmar Spohn, der Chef der Stadtwerke Bochum und Aufsichtsratsvorsitzender von Trianel, verweist darauf, dass der Braunkohleausstieg vom Steuerzahler und damit von ganz Deutschland bezahlt werde. Die Verluste aus der entschädigungslosen Abschaltung der Steinkohlekraftwerke müssten aber die Kommunen tragen. Und das in einer Zeit, in der viele unter „Haushaltssicherung“ stünden.

Nach Spohns Ansicht konterkariert das Ausstiegsgesetz die Energiewende. Denn es vertraue darauf, dass neue Techniken wie die Kraftwärmekopplung mit Gas oder die Wasserstofftechnologie kämen. Doch es sei völlig unklar, wer die Investitionen für die geplanten 17 Gigawatt Leistung aus Gaskraft aufbringen werde, zumal dieser Energieerträge nur als Übergangslösung gelte. „Wir zumindest werden nicht in Gaskraftwerke investieren“, versicherte er. „Dafür sind die Enttäuschungen über die Energiepolitik und über die fehlende Berechenbarkeit zu groß – und die finanziellen Risiken sind es auch.“

Falls der Entwurf zum Ausstiegsgesetz, das am 23. oder 24. April vom Bundestag beschlossen werden soll, nicht geändert wird, wollen die kommunalen Energieversorger dagegen klagen. „Dazu sind wir als Geschäftsführung verpflichtet“, stellte Spohn klar. Er erinnert daran, dass das Bundesverfassungsgericht Ende 2016 den Betreibern von Kernkraftwerken eine „angemessene“ Entschädigung zugesprochen habe. Die Essener Steag führt ein Gutachten des Energierechtlers Ulrich Bubenbender ins Feld, wonach der Gesetzesentwurf verfassungswidrig sein könnte.



Enteignet? Kraftwerk in Lünen Foto dpa

### STANDPUNKT

## Mehr Solidarität in der Kassenfinanzierung

Von Friedrich Breyer

Bürgerversicherung könnte Milliarden sparen“ titelten manche Medien kürzlich. Sie bezogen sich auf ein Gutachten mit dem Titel „Geteilter Krankenversicherungsmarkt“, das die Bertelsmann Stiftung beim Berliner IGES Institut in Auftrag gegeben hatte. Im Vorwort der Stiftung liest man: „Nur wenn Starke und Schwache sich zusammenschließen, um die Risiken zwischen Gesunden und Kranken auszugleichen, kann eine tragfähige Solidargemeinschaft entstehen und erhalten werden. Die Aufspaltung der Krankenversicherung in einen gesetzlichen und einen privaten Zweig wird dieser Maßgabe nicht gerecht.“ Das seitdem immer wieder zitierte Ergebnis der Studie lautet: Gabe es die Private Krankenversicherung (PKV) nicht und wären daher alle Bürger in der Gesetzlichen (GKV) versichert, so könnte der Beitragssatz dort um 0,6 Prozentpunkte oder durchschnittlich 145 Euro im Jahr niedriger ausfallen. Die Parteien, die schon lange für die sogenannte „Bürgerversicherung“ streiten (SPD, Grüne und Linke), haben diese Meldung begeistert aufgegriffen, weil sie angeblich ihre Position bestätigt.

Aber tut sie das wirklich? Das muss aus zwei Gründen angezweifelt werden. Der erste bezieht sich auf eine ungenaue Lektüre der Studie selbst, der zweite auf die verfassungsrechtliche Möglichkeit, eine Bürgerversicherung durch Auflösung der PKV zu erreichen. Zum ersten Grund: Liest man die Studie genauer, sieht man, dass die Ergebnisse durchaus differenzierter sind: Es wird dort die rein hypothetische Annahme getroffen, es gäbe keine Privatversicherung und alle Bürger müssten sich in der GKV versichern und dort

Beiträge von ihrem Einkommen nach den derzeit geltenden Regeln zahlen. Ferner wird geschätzt, welche Ausgaben die derzeit Privatversicherten aufgrund ihrer persönlichen Merkmale (Alter, Geschlecht, Morbidität) in der gesetzlichen Versicherung verursachen.

Beide Größen werden zu den Beitragseinnahmen und Leistungsausgaben der bisherigen GKV-Versicherten addiert

Linke träumen von der Bürgerversicherung, einer Chimäre. Kopfpauschalen verteufern sie zu Unrecht.

und der Beitragssatz neu berechnet – mit dem oben zitierten Ergebnis, dass dieser um 0,6 Prozentpunkte niedriger ausfallen würde. Es wird aber auch gezeigt, dass es bei dieser „Milchmädchenrechnung“ Verlierer gäbe, nämlich die Ärzte in der ambulanten Versorgung, die derzeit von Privatpatienten höhere Honorare kassieren als von Kassenpatienten. Gleich mit dem Verlust durch eine Honoraranhebung in der Gesetzlichen Krankenversicherung, so schrumpft die Ersparnis beim Beitragssatz auf 0,2 Beitragssatzpunkte.

Die Privatversicherten würden also, wenn sie in die gesetzlichen Kassen wechseln müssten, die derzeitigen GKV-Mitglieder geringfügig subventionieren. Das liegt allerdings entgegen einem verbreiteten Irrtum nicht daran, dass sie gesünder sind und daher geringere Ausgaben verursachen. Im Gegenteil, ihre Ausgaben sind im Durchschnitt um rund 10 Prozent höher

als die der GKV-Versicherten – vor allem weil der Anteil älterer Versicherter in der PKV höher ist. Der positive Effekt stammt vielmehr ausschließlich von der Einnahmeseite, da das beitragspflichtige Einkommen der PKV-Mitglieder im Mittel volle 50 Prozent höher ist als das der gesetzlich Versicherten. Daraus folgt: Wenn man die Solidargemeinschaft der GKV stärken will, muss man die Privatversicherten nicht zur Mitgliedschaft zwingen, sondern lediglich ihr Einkommen auf geeignete Weise zur Finanzierung der GKV heranziehen. Aber wie geht das? Dazu später.

Kommen wir zum zweiten Grund: Eine Auflösung der PKV ist mit dem Grundgesetz vollkommen unvereinbar. Weder kann der Gesetzgeber geltende – und im Prinzip auf Lebenszeit abgeschlossene – Versicherungsverträge für ungültig erklären, noch kann er die gebildeten Altersrückstellungen konfiszieren, die aus der Sicht der Versicherten Eigentumscharakter haben und daher nach Artikel 14 Grundgesetz geschützt sind. Es ist sogar strittig, ob er den Zugang neuer Kunden zu den PKV-Unternehmen sperren könnte. Selbst dann gäbe es eine „Bürgerversicherung“ erst in vielen Jahrzehnten, wenn der letzte heutige PKV-Versicherte gestorben ist. Die Bürgerversicherung, so attraktiv sie auch erscheinen mag, ist daher eine Chimäre, die lediglich noch eine Rolle als Wahlkampfschlagwort linker Parteien spielt, solange die Bürger den Schwindel nicht durchschauen.

Ihre Einführung ist aber gar nicht erforderlich, um die Solidargemeinschaft der gesetzlich Krankenversicherten finanziell zu stärken, es geht in Wahrheit viel einfa-

cher, indem man die Beitragserhebung in der GKV von einkommensbezogenen Beiträgen zu Kopfpauschalen umstellt und den Solidarausgleich von der GKV ins Steuersystem verlagert: Jeder Haushalt, dessen Gesamtbeitrag (Höhe der Pauschale multipliziert mit der Zahl der Haushaltsmitglieder) höher ist als ein bestimmter Anteil am Einkommen, erhielte vom Finanzamt im Rahmen des Jahresausgleichs eine Rückzahlung in Höhe dieser Differenz. Zur Finanzierung dieses Ausgleichs würde der Einkommensteuertarif moderat angehoben. Damit würden die PKV-Versicherten als Steuerzahler zur Finanzierung herangezogen. Wer meint, das könne nicht funktionieren, kann sich bei unserem Nachbarn Niederlande eines Besseren belehren lassen.

Die Ursache für den beklagten Mangel an Solidarität ist also nicht die Existenz der PKV, sondern die Tatsache, dass wir innerhalb der GKV eine Einkommensumverteilung organisieren, die viel besser im Steuersystem aufgehoben wäre. Ein Übergang zu Kopfpauschalen mit steuerfinanziertem Sozialausgleich würde diesen Missstand auf verfassungskonforme Weise beheben. Können aber die linken Parteien über ihren Schatten springen und zugeben, dass sie jahrelang die Idee der Kopfpauschale zu Unrecht diffamiert haben? Andererseits darf man fragen: Geht es ihnen wirklich um mehr Solidarität in der Finanzierung der GKV, oder wollen sie nur Stimmung machen?

Friedrich Breyer lehrt Volkswirtschaftslehre an der Universität Konstanz und ist Mitglied des Exzellenzclusters „Die politische Dimension von Ungleichheit“.